

# „Wladimir Putin weiß, wie schwach seine Herrschaft ist“

Michail Chodorkowskij über seine Feindschaft zum russischen Premier, politische Justiz und seine Hoffnungen für sein Heimatland

Erst vor wenigen Wochen wurde Michail Chodorkowskij, Gründer und einstiger Chef des Erdöl-Konzerns Yukos, in Moskau wegen Diebstahls und Geldwäsche zu 14 Jahren Haft verurteilt. Nach Anrechnung der Strafe aus einem ersten Prozess bleibt er bis zum Jahr 2017 in Haft. Die Urteile stießen im Ausland auf scharfe Kritik – sie gelten als politisch motiviert, da Chodorkowskij ein Gegner des früheren russischen Präsidenten und heutigen Premiers Wladimir Putin ist. Inzwischen erwägt die Staatsanwaltschaft bereits einen dritten Prozess gegen Chodorkowskij, sollte neues Belastungsmaterial auftauchen. In seinem ersten Interview seit der Urteilsverkündung antwortete Chodorkowskij auf Fragen internationaler Zeitungen, neben der *Süddeutschen Zeitung* gehörten dazu die *International Herald Tribune*, der *Corriere della Sera* und *Le Monde*.

**SZ:** Wie erklären Sie sich, dass Richter Wiktor Danilkin den Forderungen der Anklage so vollständig gefolgt ist?

**Chodorkowskij:** Premierminister Wladimir Putin hat ja ganz offen gesagt, dass er mich für seinen persönlichen Gegner hält. Ich sehe das genauso. Dabei ist ein abhängiges Gericht nicht besser als der Knüppel eines Kriminellen. Beide Instrumente sind unannehmbar, wenn in einer zivilisierten Gesellschaft Beziehungen

„Präsident Dmitrij Medwedjew ist ein Pragmatiker mit Idealen, die zur Demokratie passen.“

geklärt werden müssen. Trotzdem ist Präsident Dmitrij Medwedjew damit offenbar einverstanden, und trägt so persönlich die Verantwortung für solche gescheiterten Justizreformen.

**SZ:** Welche politischen Kräfte haben auf Richter Danilkin gewirkt?

**Chodorkowskij:** Danilkin wurde die ganze Zeit unter Druck gesetzt, vor der Urteilsverkündung war dieser Einfluss sehr drastisch und völlig offen. Das hat er nicht ausgehalten und einen vorbereiteten Urteilstext unterschrieben.

**SZ:** Können die Menschen Medwedjews Versprechungen von einer Modernisierung und Liberalisierung Russlands nun noch glauben?

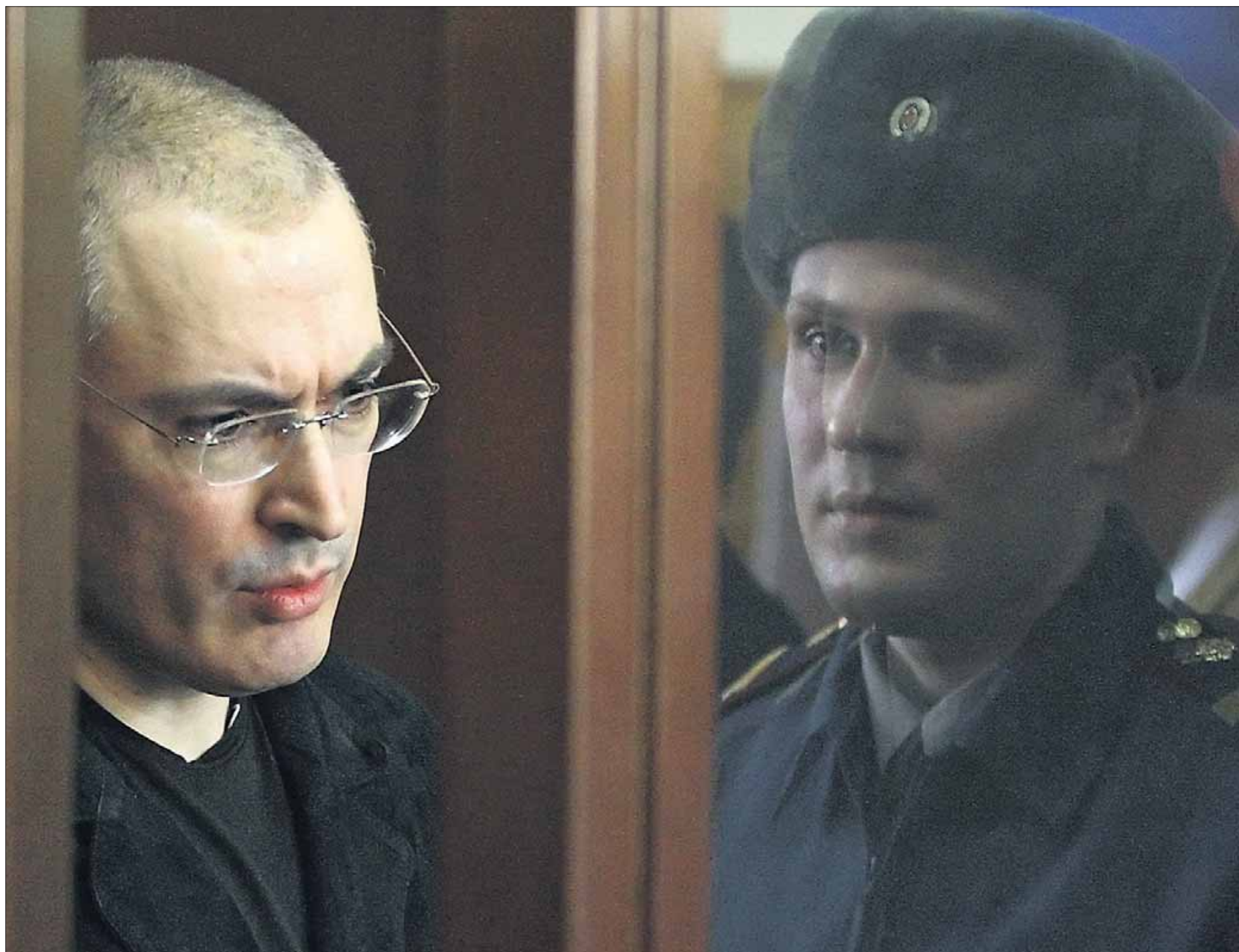
**Chodorkowskij:** Ich appelliere an alle, den ehrlichen Bestrebungen Präsident Medwedjews zu glauben. Allerdings sollte man nicht Wünsche und Fiktionen mit klaren Verpflichtungen und funktionierenden Institutionen verwechseln, sondern die Dinge beim Namen nennen: unvollkommene Justiz, unvollkommene Meinungsfreiheit, unvollkommene Wahlen und eine kriminelle Bürokratie. Russland ist ein souveräner Staat, aber Betrug zu unterstützen und korrupten Beamten Respekt zu erweisen, das ist amoralisch.

**SZ:** Wo sehen Sie den Unterschied zwischen Medwedjew und Putin?

**Chodorkowskij:** Für mich ist Medwedjew leichter zu begreifen. Er ist ein politischer Pragmatiker, hat Ideale, die mit der Demokratie in Einklang zu bringen sind. Ich verstehe seine Situation und deshalb kritisiere ich ihn selten.

**SZ:** Laut Staatsanwaltschaft hätten Sie in Amerika für die Straftaten, die Ihnen vorgeworfen werden, bis zu 20 Jahre Gefängnis bekommen können.

**Chodorkowskij:** Das Gericht hat mir vorgeworfen, dass ich persönlich dem Yukos-Konzern 350 Millionen Tonnen Öl gestohlen haben soll. Das sind 20 Tonnen mehr als Yukos überhaupt produziert hat. Aber weder das Gericht, noch die Anklage konnte plausibel machen, wie Yukos dann zu einem Gewinn von 15 Milliarden Dollar gekommen ist und wie Steuerforderungen in Höhe von 30 Milliarden Dollar entstehen konnten. In einem demokratischen Land hätte eine derartige Absurdität vermutlich ernsthafte Folgen für ihre Urheber.



Russlands bekanntester Häftling: der frühere Öl-Manager Michail Chodorkowskij vor Gericht in Moskau.

Foto: picture alliance/dpa

**SZ:** Und doch: Lief dieses zweite Verfahren nicht besser ab als das erste?

**Chodorkowskij:** Zugegeben, wir durften vor Gericht sprechen, die Medien waren zugelassen. Allerdings konnte die Verteidigung wieder nur sehr wenige Zeugen aufrufen und begrenzte Beweise vorlegen, während die Anklage jene, die aussagen wollten, offen eingeschüchert hat. Am Ende haben sich die Ermittler sogar geweigert, dem Gericht Beweismittel zu übergeben. Das alles widerspricht den russischen Gesetzen.

**SZ:** Bei allen Zweifeln am Verfahren – ist es gerecht, dass die Macht und der

„Milliardäre, die der Macht nahe standen, sind in den letzten Jahren nur reicher geworden.“

Reichtum in den Händen eines kleinen Kreises von Oligarchen konzentriert war, von denen viele inzwischen ihre Habe ins Ausland gebracht haben?

**Chodorkowskij:** Wenn es der heutigen Regierung tatsächlich um die ungerechte Verteilung von Reichtum ginge, hätte sie schon 2003 einen Vorschlag aufgegriffen, den ich im Namen einiger Kollegen aufgebracht habe: die Einführung einer Abgeltungssteuer. Stattdessen sind die Milliardäre in der Nähe der Macht in den letzten Jahren nur reicher geworden.

**SZ:** Oft heißt es, dass Sie stellvertretend für alle Oligarchen vor Verantwortung gezogen wurden, die ebenfalls in einer juristischen Grauzone operierten.

**Chodorkowskij:** Tatsache ist, dass man mir im ersten Prozess eine Methode

der Steuerersparnis zum Vorwurf gemacht hat, die bis heute allgemein gebräuchlich ist. Das Gesetz wurde also eindeutig selektiv angewendet. Und die Anklage im zweiten Prozess war absurd.

**SZ:** Was aber ist dann der wahre Grund für Ihre Haft?

**Chodorkowskij:** Wahrscheinlich begreift Wladimir Putin besser als alle anderen, wie schwach seine Herrschaft ist, und dass ein Stoß genügt, um sie zum Einsturz zu bringen. Vielleicht haben ihn aber auch einfach seine Beamten manipuliert, die durch die Plünderung des Yukos-Konzerns reich geworden sind.

**SZ:** Viele glauben, dass Sie verhaftet und vor Gericht gestellt wurden, weil Sie politische Ambitionen entwickelt haben. Stimmt das?

**Chodorkowskij:** Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich gegen den autoritären Trend in der Politik bin und habe stets die Opposition unterstützt. Boris Jelzin fand das normal. Für Wladimir Putin und das von ihm errichtete Regime ist so etwas unannehmbar. Aber ich habe nie nach politischer Macht gestrebt.

**SZ:** In Ihrem letzten Auftritt vor Gericht haben Sie gesagt, Sie seien bereit, für Ihre Überzeugungen zu sterben. Welche sind das?

**Chodorkowskij:** Ich glaube, dass Russland ein demokratisches Land wird, dass wir unabhängige Gerichte und ein unabhängiges Parlament bekommen und freie Wahlen, dass die Sicherheitsdienste das Volk und nicht eine korrupte Bürokratie beschützen. Wir müssen es nur wollen.

**SZ:** Sie haben gesagt, unter Putin sei eine neue Stagnation angebrochen. Was muss geschehen, damit die Menschen in Russland aufwachen?

**Chodorkowskij:** Der größte Feind für die Entwicklung Russlands ist in der Tat unsere eigene Apathie. Putin und seine Elite sind nur das Resultat einer fehlenden Zivilgesellschaft. Allerdings haben sie zur Abschaffung der gesellschaftlichen Selbstorganisation auch einiges beigetragen. Man kann die Menschen aufwecken, indem man ihnen die Wahrheit sagt und ein Beispiel gibt.

**SZ:** Viele Menschen sehen Sie als Hoffnungsträger – obwohl Sie im Gefängnis sitzen. Wie wirkt das auf Sie?

**Chodorkowskij:** Die autoritäre Führung nutzt mein Beispiel vor allem zur Abschreckung ihrer Gegner. Das funktioniert nach dem Prinzip einer öffentlichen Hinrichtung, hat allerdings noch einen weiteren Effekt: Sie verwandelt normale Menschen in Symbole für die Willkür – wie in meinem Fall.

**SZ:** Viele Oppositionelle in der russischen Geschichte hatten eine Vision von einem „anderen Russland“, etwa die Dekabristen, die aufständischen Offiziere des Zaren, oder auch die Dissidenten der sechziger Jahre. Sehen Sie sich in dieser Tradition?

**Chodorkowskij:** Jeder Mensch, der mit der herrschenden Macht in Streit gerät, hat eine Vision für die Zukunft seines Landes. Ich bin da keine Ausnahme. Ob mein Schicksal in einer Reihe mit diesen Persönlichkeiten steht, wird sich zeigen. Aber natürlich nehme ich mir an ihnen ein Beispiel für eine würdige Haltung.

**SZ:** Putin hat in seiner Fernsehprechtunde Mitte Dezember den Fall des ehemaligen Yukos-Sicherheitschefs Alexej Pitschugin angesprochen, der wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde – und er hat ihn mit Ihnen in Verbindung gebracht. Fürchten Sie, dass auch Sie wegen Mordes angeklagt werden könnten?

**Chodorkowskij:** Putin hat mich sieben Jahre lang indirekt des Mordes beschuldigt und tut das seit drei Jahren ganz offen. Anfangs war das nur PR, inzwischen aber ist es eine Variante, um mich bis in alle Ewigkeit einzusperren. Das zweite

„Ein Mensch kann sich nicht ununterbrochen fürchten.“

Urteil hat doch gezeigt: Das Gericht ist bereit, alle Wünsche zu erfüllen. Was soll ich fürchten? Noch härtere Haftbedingungen? Derzeit sehe ich meine Familie viermal im Jahr, dann wäre es nur einmal. Ob ich davor Angst habe? Nicht besonders. Ein Mensch kann sich nicht ununterbrochen fürchten.

**SZ:** Pitschugin wurde verurteilt, weil er den Bürgermeister von Neftejugansk und die Chefin einer Firma umgebracht haben soll. Putin sagt, es sei unmöglich, dass Sie davon nichts wussten.

**Chodorkowskij:** Pro Jahr gibt es in Russland 30 kriminelle Todesfälle pro 100 000 Einwohner. Morde an Bürgermeistern, Abgeordneten, Gouverneuren, bekannten Journalisten sind keine Seltenheit. Man kann sich also leicht aus-

rechnen, wie viele Verbrechen während meiner Arbeit für Yukos um das Unternehmen herum geschehen sind. Schließlich hatte Yukos mehr als 100 000 Mitarbeiter und war in zwei Dutzend Orten das wichtigste Unternehmen. Was alles andere angeht, so hat Wera Wassiljewa ein Buch über die Fälschungen und den Prozess geschrieben: „Wie Alexej Pitschugin der Prozess gemacht wurde“. Viele Leute, die heute im Gefängnis sitzen, haben vor Gericht ausgesagt, dass man sie zu Falschaussagen gezwungen hat, indem man ihnen die Freiheit versprochen hat.

**SZ:** Viele Menschen haben nicht begriffen, warum Sie Russland nicht rechtzeitig verlassen haben. Ihre Anwälte sagen, der Kreml habe Ihnen noch nach der Verhaftung die Ausreise angeboten.

**Chodorkowskij:** Nach meiner Verhaftung im Jahr 2003 nicht mehr, aber davor hat man versucht, mich aus dem Land zu treiben. Ich habe mich geweigert.

**SZ:** Als Sie festgenommen wurden, waren Sie ein erfolgreicher Unternehmer, der reichste Mann Russlands. Seit Jahren aber unterhalten Sie einen großen Stab an Anwälten und finanzieren zugleich ein Internat für Waisen, vor allem für Opfer von Terroranschlägen. Wie lange können Sie sich das noch leisten?

**Chodorkowskij:** Bei der Vorbereitung auf eine Verhaftung habe ich eine Stiftung eingerichtet, die unabhängig von al-

„Die Meinung im Westen spielt in unserem Land eine enorme Rolle.“

lem, was mit mir geschieht, das Lyzeum weiterführt. Außerdem unterstützen es auch andere Menschen, denen das Schicksal der Kinder am Herzen liegt.

**SZ:** Was erwarten Sie vom Westen?

**Chodorkowskij:** Die öffentliche Meinung im Westen spielt in unserem Land eine enorme Rolle. Unsere Machthaber verweisen oft auf den Westen, um ihre Handlungen zu legitimieren. Ich bin froh, dass viele ehrenwerte Menschen in Russland und im Westen die nutzlose politische Korrektheit aufgeben haben und das, was hier geschieht, als „Barbarei“ bezeichnen.

**SZ:** Das Urteil immerhin wurde in vielen europäischen Staaten deutlich kritisiert. Wie kann Europa Russland bei der Entwicklung eines Rechtsstaates helfen?

**Chodorkowskij:** In jüngster Zeit wurde in einigen Staaten der Fall Yukos juristisch sehr ähnlich bewertet, etwa auf Zypern, in Großbritannien, in der Schweiz, in Deutschland, Holland und Litauen. Überall gilt der Fall als politisch motiviert und die Insolvenz des Konzerns als illegal. Vor kurzem hat das Schiedsgericht in Stockholm festgestellt, dass bei der Anklage wegen Steuerhinterziehung Gesetze diskriminierend angewendet wurden. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat die Methoden, die gegen meinen Anwalt angewendet wurden, Folter genannt – ihm wurde die ärztliche Behandlung verweigert, obwohl er todkrank ist, um ihn zur Aussage gegen mich zu zwingen. Aber weder solche tapferen Männer und Frauen noch irgendein anderer Mitarbeiter von Yukos hat sein Gewissen verraten und sich zu Falschaussagen bewegen lassen. Das ist wichtig. Wir haben es nicht leicht, aber wir haben nicht klein beigetragen.

**SZ:** Sie haben gesagt, dass Sie nach Ihrer Freilassung Ihrem Land weiter dienen wollen. Wie?

**Chodorkowskij:** Ich kann mir mich selbst nur schwer in Freiheit vorstellen, solange Wladimir Putin das Gericht geradezu anweist, dass ich „ins Gefängnis gehöre“. Aber sowohl in Haft als auch in Freiheit werde ich meine gesellschaftliche Arbeit fortsetzen. Die Wirtschaft liegt hinter mir. Sollte mein Land allerdings meine professionellen Fertigkeiten benötigen, so wird es sie bekommen – oder auch mein Leben. Ich bin Russe. Bei uns ist das so üblich.

Interview: Sonja Zekri

## Abendlicher Gegenschlag

Italiens Premier Silvio Berlusconi beschimpft in einer Politik-Talkshow seine Kritiker

Von Andrea Bachstein

**Rom** – In der Affäre um eine Beziehung zwischen Italiens Premier Silvio Berlusconi und der mutmaßlichen Prostituierten „Ruby“ hat sich die Bischofskonferenz mit scharfer Kritik zu Wort gemeldet. „Die Gesellschaft blickt erschüttert auf die Akteure des öffentlichen Lebens und empfindet ein offenkundiges moralisches Unbehagen“, sagte Kardinal Angelo Bagnasco in Ancona. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz hat noch eindeutiger als vor ihm Papst Benedikt XVI. das Missfallen der Kirche formuliert.

Die Verteidiger von Ministerpräsident Silvio Berlusconi präsentieren unterdessen die Aussagen von Entlastungszeugen der Mailänder Staatsanwaltschaft. Sie ermittelt gegen Berlusconi wegen Prostitution Minderjähriger und Amtsmissbrauch. Wegen Förderung der Prostitution laufen auch gegen drei weitere Personen aus seinem Umfeld Ermittlungen.

Bagnasco nahm Bezug auf die Verfassung und erinnerte, jedem Mandatsträger müsse bewusst sein, welche Bedeutung sein Amt habe und welche Ernsthaftigkeit und Disziplin es verlange. Indirekt forderte der Kardinal den Premier auf, sich dem Verfahren zu stellen: Angesichts der Verstörung, welche die Ermittlungen verursacht hätten, müsse vor den zuständigen Stellen Klarheit geschaffen werden, sagte er. Berlusconi und seine Partei PDL sind italienischen Medien zufolge beträchtlich beunruhigt über die SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Äußerungen der Kirche, die teils wörtlich übereinstimmen mit Ermahnungen von Staatspräsident Giorgio Napolitano. Der Premier muss fürchten, dass eine weitere Distanzierung der Kirche zur Abwendung katholischer Wähler führt.

Nach einer neuen Umfrage liegt die PDL relativ stabil bei 30 Prozent – dies wird mit dem Fehlen einer Alternative erklärt. Gleichzeitig sagten aber 49 Prozent der Befragten, Berlusconi müsse zurücktreten. Berlusconi selbst hat sich am späten Montagabend wutentbrannt zu Wort gemeldet. Telefonisch einer renom-

Der Vorwurf der Prostitution wird abgestritten, der Premier sei schlichtweg „großzügig“.

miierten politischen Talkshow zugeschaltet, beschimpfte er die Sendung auf dem Sender La 7 als „Bordell“, „schamlos“ und voller falscher Behauptungen. Die Studiogäste – auch aus der PDL – hatten sich mit Rubygate befasst. Berlusconi sprach von Teilnehmerinnen als „sogenannten Damen“, worauf Moderator Gad Lerner den Premier flegel nannte.

In Mailand führen die Staatsanwälte ihre Vernehmungen indessen fort. Sie wollen klären, ob es bei dem Kreis von etwa 14 Frauen, die an Festen in Berlusconi Haus teilnahmen, um eine Art Prostitutionsring ging und ob die Marokkanerin „Ruby“ noch minderjährig gegen

Geld sexuelle Dienste geleistet hat. Der Verdacht gründet sich auf Zeugen und abgehörte Telefonate oder Handy-Ortungen. Bei Durchsuchungen sind bei einigen Frauen größere Geldsummen gefunden worden, bei Ruby auch ein Kuvert mit 7000 Euro, das von Berlusconi stammt. Seine Anwälte bestreiten aber zum einen die Zuständigkeit der Mailänder Strafverfolger; zum anderen haben sie 20 Gegenzeugen benannt, es sollen zu meist junge Frauen sein. In den vergangenen Tagen haben bereits mehrere der verwickelten Personen bestritten, was aus ihren Telefonaten abgeleitet wird. So sagte Ruby, der Premier habe sie berührt. Ihr Freund sagte, die 7000 Euro seien ein Zuschuss für die Ausbildung gewesen.

Die beiden Freunde Berlusconi, die laut Abhörprotokollen die Frauen organisiert haben, bestreiten ebenfalls alles. Emilio Fede, Chef eines Programms im Berlusconi-Sender Rete 4, sagte, er habe nie junge Frauen zu Berlusconi eingeladen und die fraglichen Feste frühzeitig verlassen. Der andere Verdächtige, Show-Agent Lele Mora, sagte, es habe keine Prostitution gegeben. Berlusconi sei nur großzügig, nicht nur bei jungen Frauen: Er habe gesehen, dass der Premier auch erwachsenen Leuten Geld gab. Inzwischen sammelt in Mailand die PDL-Kommunalpolitikerin Sara Giudice Unterschriften für den Rücktritt der PDL-Regionalrätin Nicole Minetti. Gegen sie wird ebenfalls wegen Prostitutionsförderung ermittelt.

## Duma stimmt Abrüstungsvertrag mit USA zu

Russisches Parlament ratifiziert Start-Abkommen, das Abbau von Atomwaffen vorsieht

Von Paul-Anton Krüger

**München** – Das russische Parlament hat am Dienstag wie erwartet das neue Start-Abkommen mit der USA ratifiziert, das einen Abbau strategischer Atomwaffen vorsieht. 350 Abgeordnete der Duma stimmten für den Vertrag, 96 lehnten ihn ab. Er sieht eine Obergrenze von je 1550 strategischen Atomsprenghäufeln auf beiden Seiten vor und begrenzt die Zahl der einsatzbereiten Trägermittel auf je 700. Darunter fallen land- und U-Boot-gestützte Raketen sowie schwere Bomber. An diesem Mittwoch muss noch der Föderationsrat zustimmen, die zweite Parlamentskammer, doch dies galt lediglich als Formsache. Der US-Senat hatte den Vertrag nach äußerst hart geführten Debatten kurz vor Weihnachten genehmigt.

Allerdings wurde in der Duma deutlich, dass grundlegende Differenzen zwischen den USA und Russland über künftige Waffensysteme – wie etwa die angestrebte Raketenabwehr der Nato – fortbestehen. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Konstantin Kossatschow, sagte, Russland behalte sich vor, aus dem Vertrag auszusteigen, sollten die USA „strategische Waffen entwickeln, die nicht unter das Abkommen fallen“. Dies sei in dem Vertrag vorgesehen, wenn eine gemeinsame Kommission zu keiner Entscheidung komme, ob neu entwickelte Systeme von dem Vertrag umfasst sind. „Daher sind wir vor allen möglichen Überraschungen in diesem Be-



Bereits im April hatten US-Präsident Barack Obama (links) und sein russischer Kollege Dmitrij Medwedjew den neuen Start-Vertrag zur atomaren Rüstungskontrolle in Prag unterzeichnet. dpa

reich geschützt“, fügte er hinzu. Kossatschow beschränkte seine Aussagen nicht auf offensive Waffen. Russland hatte auf einem Passus in der Präambel des Abkommens bestanden, der einen „Zusammenhang“ zwischen offensiven und defensiven Systemen festhält. Vor allem Republikaner fürchten, Russland könne dies zum Vorwand nehmen, aus dem Vertrag auszusteigen, wenn die USA eine wirksame Raketenabwehr aufbauen.

Die Staatsduma rief die Nato zum Aufbau einer gemeinsamen Raketenabwehr auf. Präsident Dmitrij Medwedjew hatte tags zuvor bekräftigt, Russland werde neue Raketen mit Atomsprenghäufeln stationieren, sollte es hier zu keiner Ein-

igung kommen. Die nordatlantische Allianz und Russland hatten sich am Rande des Nato-Gipfels in Lissabon darauf geeinigt, bis Juni 2011 Vorstellungen für eine Kooperation zu erarbeiten.

In der Erklärung verlangt die Duma zudem, die Modernisierung der russischen Nuklearstreitkräfte zu beschleunigen und die Stationierung von amerikanischen Abwehrsystemen in Europa genau zu verfolgen. Das russische Atomarsenal müsse technisch in der Lage sein, jede Abwehr zu überwinden, hieß es. Zudem riefen die Abgeordneten die USA auf, ihre verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Europa abzuziehen – ein Thema, das in der Nato umstritten ist.